



Politischer Mittwoch der ÖDP Bayern am 26.02.2020 in Landshut

Rede des Landesvorsitzenden Klaus Mrasek

Liebe Parteifreunde, meine sehr geehrten Damen und Herren,

in knapp zweieinhalb Wochen findet die Kommunalwahl in Bayern statt. Die Wählerinnen und Wähler entscheiden mit Ihren Stimmen über die Zusammensetzung der kommunalen Gremien für die nächsten sechs Jahre. In der Kommunalpolitik wird entschieden, wie die großen politischen Konzepte vor Ort umgesetzt werden – das gilt auch und gerade für den Klimaschutz. Bis 2035 müssen die Weichen gestellt werden, um das Pariser Klimaziel 1,5 ° Celsius Temperaturanstieg einzuhalten. Das sind gerade einmal 2 ½ Amtszeiten eines kommunalen Gremiums. Deshalb beschäftige ich mich heute mit dem unserem zentralen ÖDP-Thema

Weniger ist mehr

Die Verantwortung der Kommunalpolitik für die Zukunft

1. Wie steht es um unseren Planeten?

Ökologische Belastungsgrenzen mehrfach überschritten (Steffen e.al. in: Science 2015):

Artenschwund

Klimakrise

Stickstoffüberlastung (Landwirtschaft, Verbrennungsmotoren)

Phosphor

Welterschöpfungstag 1971 mit dem 21. Dezember erstmalig in das laufende Jahr gefallen, 2019 auf den 29. Juli vorgerückt – wir brauchen also in Kürze zwei Erden für unseren Lebensstil.

Fatal ist die weit verbreitete dogmatisierte Lösungsstrategie aller ökonomisch-sozialen Probleme: „Die Wirtschaft muss wachsen, damit wir die sozialen und die ökologischen Probleme lösen können.“

Der Gedanke ist bestechend:

„Wir müssen uns nicht streiten, wie die Güter der Welt besser verteilt werden. Lasst uns den Kuchen größer backen, dann gibt es mehr für alle! Und wenn unbedingt geteilt werden muss, dann fällt das auch leichter, wenn ein größerer Kuchen zur Verfügung steht.“

Oder in anderer Hinsicht:

„Wenn wir die Umwelt schützen wollen, muss erst mal Geld in die Kasse, damit wir uns das auch leisten können. Mehr Umweltschutz braucht mehr Wirtschaftswachstum.“

In wirtschaftswissenschaftlicher Sprache gibt es auch die schöne „trickle-down-Theorie“: Wenn oben mehr verdient wird, tröpfelt auch was nach unten durch, weil man dann noch mehr konsumiert, auch mehr Service-Personal braucht oder auch mal einen Künstler was zukommen lässt. Von Spenden und Stiftungen ganz zu schweigen.

Alle diese Theorien wollen vor allem eines vermeiden: Das Teilen.

Eine neue Wachstums-Theorie ist freilich feiner und differenzierter, vermeidet aber ausdrücklich auch die konträre Alternative zum Wachstumsdenken: Der „green-new-Deal“ setzt ebenfalls auf das Wachstum der Wirtschaft, strebt aber an, die gesamte Produktion und Dienstleistung wesentlich ressourcenleichter organisieren zu können. Optimisten denken in Kategorien von „100% schadstofffrei“ und „100% Kreislaufwirtschaft“ (cradle-to-cradle).

Die angedeutete radikale Alternative zur an sich unmöglichen und in der Konsequenz den Planeten erschöpfenden Wachstumsstrategie ist die Suffizienz-Forderung, freilich nicht zu 100%, sondern als unvermeidliche Ergänzung

zur Effizienzrevolution,
zur Umstellung auf erneuerbare Ressourcen und
zur Entwicklung einer umfassenden Kreislaufwirtschaft

Diese Positionen lassen sich im deutschen Parteiensystem ziemlich genau verorten: CDU/CSU und FDP vertreten das traditionelle Wachstumssystem. Die SPD und die Linke schwanken zwischen Wachstumsmodell und „green-new-Deal“. Die Grünen vertreten mittlerweile klar den „green-new-Deal“.

Alleine die ÖDP traut sich (teilweise etwas verschämt und zurückhaltend) von Suffizienz zu reden. Sie hat in ihrem Grundsatzprogramm ausdrücklich die „Postwachstumswirtschaft“ als Zielmarke definiert: Der Planet wird die heute verbrauchten Waren aus 100% erneuerbaren Ressourcen nicht für 10 Milliarden Menschen liefern können. Schon gar nicht wird er Jahr für Jahr mehr materielle Leistung erzeugen lassen.

Wir müssen uns auf nicht-materialistische Wohlstandsmodelle konzentrieren:

Mehr Muße – weniger Hetze
Mehr Zeit für Zuwendung und Pflege
Mehr Pflege, Reparatur und Umbau – weniger Abriss und Neubau
Mehr pflanzliche Nahrung – weniger Fleisch
Mehr Region – weniger extrem lange Lieferketten

Die Dinge stehen wahrlich nicht gut, obwohl die Worte „nachhaltig“, „öko“ und „bio“ inflationär gebraucht werden und den meisten Politikern und Konzernchefs locker über die Lippen gehen.

Unsere Aufgabe ist es nicht, irgendein weichgespültes Programm anzubieten – das können andere immer besser und skrupelloser. Wir sind dazu aufgerufen, ein positives Kontrastprogramm zum oberflächlich-folgenlosen Öko-Gerede, zur fröhlichen Verdrängung aller Probleme und auch zur depressiv-passiven Resignation anzubieten.

Und wir haben hier allerhand zu bieten: Unsere Programme sind auf der Höhe der Zeit und wir sollten sie selbstbewusst unter die Leute bringen.

Was hat dies alles mit Kommunalpolitik zu tun?

Die nötige Transformation muss alle Bereiche unseres Lebens betreffen – also auch das Gemeindeleben. Ich werde einige Beispiele nennen:

Bebauungspläne:

Das große Thema der Kommunalpolitik ist der Bebauungsplan. Bisher wurde schlicht danach gesucht, ob irgendwo noch ein Grundstücksbesitzer bereit ist, die landwirtschaftliche Nutzung des Grundes zu beenden, zu verkaufen oder selbst für Bebauung zu nutzen. Dann wurde ein Bebauungsplan aufgestellt, der meistens nur das Mindestprogramm verlangte: Dass nämlich die Erschließung mit Verkehr, Energie, Wasser und Abwasser hergestellt werden kann. Das ist ein wenig verkürzt, aber nicht ganz falsch. Freilich ist es nicht möglich, ins Naturschutzgebiet hineinzubauen. Aber schon über ein Landschaftsschutzgebiet „kann man reden...“ Auch hochwassergefährdete Flächen sind nicht absolut tabu... Es geht viel, wenn man will. Und man will meistens – weil die meisten Bürgermeister und Gemeinderäte gerne mit dem Wachstum ihrer Gemeinde punkten. Und: weil vor allem Gewerbegebiete und Ansiedlungen eine Zunahme der Gewerbesteuer erwarten lassen. Dass Böden teilweise bester Qualität auf immer verloren gehen und womöglich späteren Generationen fehlen werden, tut heute wenig bis nichts zur Sache.

Flächensparen ist das Gebot der Stunde!

Wir Ökodemokraten denken da anders. Niemand ist gegen Veränderung. Aber jede Veränderung muss so gestaltet sein, dass möglichst wenig von den nicht erneuerbaren Ressourcen verbraucht oder belastet werden. Bebauungspläne müssen öko-sozial ausgerichtet werden. Es geht nicht in erster Linie darum, neues Baurecht zu schaffen. Es geht um verantwortbare Bautätigkeit – und das ist vor allem die Renovierung und Umnutzung bereits benutzter Flächen. Wenn neue Flächen gebraucht werden, muss Doppel- und Dreifachnutzung auch auf dem Land angepeilt werden. Das Einzelhäuschen, der Supermarkt und die Gewerbehalle mit ausufernden Parkflächen haben keine Zukunft. Neue Gebiete brauchen z. B. immer ein mehrstöckiges Parkdeck.

Und wir brauchen ein rechtliches Instrumentarium, um den Kommunen den Zugriff auf Gewerbebrachen zu ermöglichen, z. B. durch Grundstücksvergabe im Erbbaurecht.

Baumaterialien:

Allmählich spricht sich herum, dass Beton wegen des Ausgangsmaterials Zement ein echter Klimakiller ist. 8% der weltweiten CO₂-Emissionen gehen auf Beton zurück! Auch Ziegel sind energieintensiv in der Herstellung. Wir müssen deshalb standardmäßig mit Holz bauen. Die Holzarchitektur ist mittlerweile in der Lage, auch Hochhäuser zu bauen – von Industrie- und Gewerbehallen ganz zu schweigen. Mit modernen Schichtholz-Techniken lässt sich nahezu alles bauen.

Neubauten, Erweiterungsbauten, Ersatzbauten sollten kommunal nur noch für Holzbauweise ausgeschrieben werden.

Energieversorgung:

Keinen Neubau mehr mit Anlagen erlauben, die fossile Energie zum Heizen benötigen!
Photovoltaik PV muss Standard sein.

Verkehrerschließung:

Kein neues Baugebiet ohne ÖPNV-Anschluss!

Der MIV ist, am Schlimmsten mit dem SUV, eines der ganz großen ungelösten Probleme. Natürlich wird in Niederbayern das Auto – gleich welchen Antriebs – unverzichtbar bleiben. Aber es wird nur noch für die mittlere Strecke verantwortbar sein – als Zubringer zu leistungsfähigen ÖPNV- und Fernbahnstationen. Wer immer noch auf die grüne Wiese bauen lässt, macht das Verkehrsproblem dauerhaft unlösbar. Auch deshalb ist das Prinzip „innen vor außen“ strikt zu beachten.

Öko-sozial-faire Beschaffung:

Jede Kommune ist eine Großverbraucherin: Lebensmittel für Kita und Schulen, Büromaterial, Baumaterialien, Berufskleidung für den Bauhof, Geräte aller Art...

Es wäre eine lohnende Aufgabe, sich alle Möglichkeiten des Vergaberechts zu erarbeiten und dann die Ausschreibungen so zu gestalten, dass regionale Anbieter, faire Lieferketten, bio und konventionell ihre Chancen bekommen.

Das Prädikat „fair-trade-Gemeinde“ ist nicht so schwer zu bekommen – man muss sich aber schon bemühen und das eine oder andere umstellen.

Hausmeister- und Bauhofschulungen:

Sowohl das Energiesparen als auch der Artenschutz sind oft im Alltag durch kleine Aktionen bedroht oder ermöglicht. Die Veränderung beginnt nicht nur bei Grundsatzbeschlüssen, sondern vor allem auch beim Gespräch mit den Akteuren.

Wann wird wo gemäht und warum?

Werden die Verbräuche regelmäßig erhoben?

Wer meldet rechtzeitig an wen Auffälligkeiten?

(Wenn der Rechnungsprüfungsausschuss erst 1 Jahr später feststellt, dass der Wasserbezug extrem gestiegen ist, ist der Schaden schon eingetreten. Wenn erst bei der Jahresabrechnung festgestellt wird, dass die PV-Anlage nicht geliefert hat, ist viel Geld weg)

Wenn Bauhof und Hausmeister aufpassen, merkt man schon nach einer Woche, dass etwas nicht stimmt.

Überhaupt: Schulung und Bewusstseinsbildung für alle ist das A und O.

Der neue Gemeinderat sollte in Klausur gehen und sich die Dinge erklären lassen.

Gemeinwohlwirtschaft:

Die öko-soziale Gemeinwohlwirtschaft ist die Alternative zum ausbeuterischen Wirtschaften, zur Plünderung des Planeten. Ja, unser einseitig gewinnorientiertes Produktions- und Konsumsystem

ist ausbeuterisch, weil es den Planeten aussaugt, entleert und plündert. Es ist ausbeuterisch, weil es die Menschen vom Kleinkind bis zum Greis dauerhaft überfordert.

Deshalb ist es nötig, die Vielfalt der Werte auch im Wirtschaftssystem zu verankern: Christian Felbers Modell einer Gemeinwohlwirtschaft ist sicherlich noch nicht perfekt. Aber es ist optimistisch und begeisternd, weil es die richtigen Fragen stellt und zum praktischen Versuch einlädt. Einige tausend Unternehmen in Deutschland und Europa sind schon aktiv. Sie definieren neben dem nötigen Gewinn auch noch andere Werte und bilanzieren diese. So kommen sie zu einer aussagekräftigen Gemeinwohlabilanz.

In diese Richtung könnten auch Gemeinden gehen. Auch Gemeinden haben Betriebe. Diese Betriebe der Gemeinwirtschaft sind im Gegensatz zu Wirtschaftsunternehmen nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet – ob Krankenhaus, Altenheim, Kindergarten, Bauhof oder Wohnungsbau-GmbH. Für alle diese Unternehmen könnte man sich mal eine Gemeinwohlabilanz vornehmen.

Der bekannte Astrophysiker Harald Lesch hat vor wenigen Jahren ein Buch veröffentlicht, das nichts Anderes enthält als all die Aussagen, die wir als ÖDP – bei aller Bescheidenheit sei es gesagt – seit 35 Jahren formulieren und in die Debatte einbringen.

Harald Lesch sagt das übrigens selbst: Er bringt in diesem Buch ein drei Seiten langes Zitat aus Herbert Gruhls damaligem Bestseller „Ein Planet wird geplündert“, in dem dieser die planetarische Wende, die Abkehr vom Wachstumsdogma und die Anerkennung der Begrenztheit aller Ressourcen als Basis menschlichen Handelns einfordert. Dieses Buch von 1975 hat viele nachdenkliche Menschen damals zur ökologischen Politik gebracht.

Am Ende dieses Zitates schreibt Harald Lesch:

„Fazit: In den letzten 40 Jahren hat sich NICHTS geändert. Wertvolle Zeit wurde vertan! Lesch sagt, dass „die Party irgendwann vorbei sein werde“ und dass sich die Menschheit gerade selber abschafft. Weil sie den Ast mit großer Hingabe absägt, auf dem sie sitzt.

Ich bin Harald Lesch sehr dankbar für dieses Buch. Ich bin auch dankbar für alle anderen Wissenschaftler, die sich ehrlich und intensiv darum bemühen, die einfachen Fakten unserer gefährdeten Existenz unter die Leute zu bringen. Aber bislang sind diese Wissenschaftler und Buchautoren nicht erfolgreicher als wir: Gewählt werden nach wie vor all jene, die nicht nur eine endlose Fortsetzung der Konsum- und Wachstums-Party versprechen, sondern die gewaltige Intensivierung der Party für alle demnächst lebenden 10 Milliarden Menschen ankündigen. Leider haben sich auch die Grünen darauf eingelassen, unter der schönen Marke „green-new-Deal“ die Fortsetzung der großen Konsum-Party zu versprechen.

Wir sollten uns vor Nachahmungsversuchen hüten – weitere Agenturen der materialistischen Versprechungsideologie werden nicht gebraucht.

Liebe Parteifreunde,

die ÖDP Bayern hat einen Lauf. Seit April 2018 – dem Beginn unseres Volksbegehrens „Rettet die Bienen!“ ist unsere Mitgliederzahl um 25 Prozent von 4.000 Mitgliedern auf 5.000 gestiegen und der Zulauf hält weiter an (das ist ein wirklich qualitatives Wachstum). Knapp 50 neue ÖDP-Listen wurden aufgestellt und ein Großteil hat die Unterschriftenhürde überwunden, für meinen

Heimatbezirk Oberpfalz darf ich aufzählen: Kreistagsliste Neumarkt, Kreistagsliste Tirschenreuth, Stadtratsliste Weiden, Stadtratsliste Cham und Gemeinderatsliste Tiefenbach im Landkreis Cham. Ich bin mir sicher, dass wir in alle diese Gremien einziehen werden. Damit wäre die ÖDP in der Oberpfalz erstmalig flächendeckend vertreten.

Wir vertreten die zukunftsfähigen Inhalte, das habe ich vorher ausführlich dargestellt. Liebe Wählerinnen und Wähler, ich bitte Sie um Ihr Vertrauen und Ihre Stimmen bei der Kommunalwahl am 15. März für die ÖDP. Ich verspreche Ihnen, dass sich unsere Mandatsträger für eine zukunftsfähige, kinder- und enkelgerechte Politik in Ihren Gemeinden, Städten und Landkreisen einsetzen werden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

F.d.R.

Klaus Mrasek